

THEMA

ERZIEHUNG

Sisyphusarbeit

David Angel

REGARDS

Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten im Erziehungs- und sozialen Bereich um eine größere gesellschaftliche Anerkennung ihrer Berufe und eine allgemeine Aufwertung der sozialen Arbeit. Wird mit der neuen Regierung alles besser? Zumindest darin sind sich alle einig, dass endlich etwas geschehen muss.

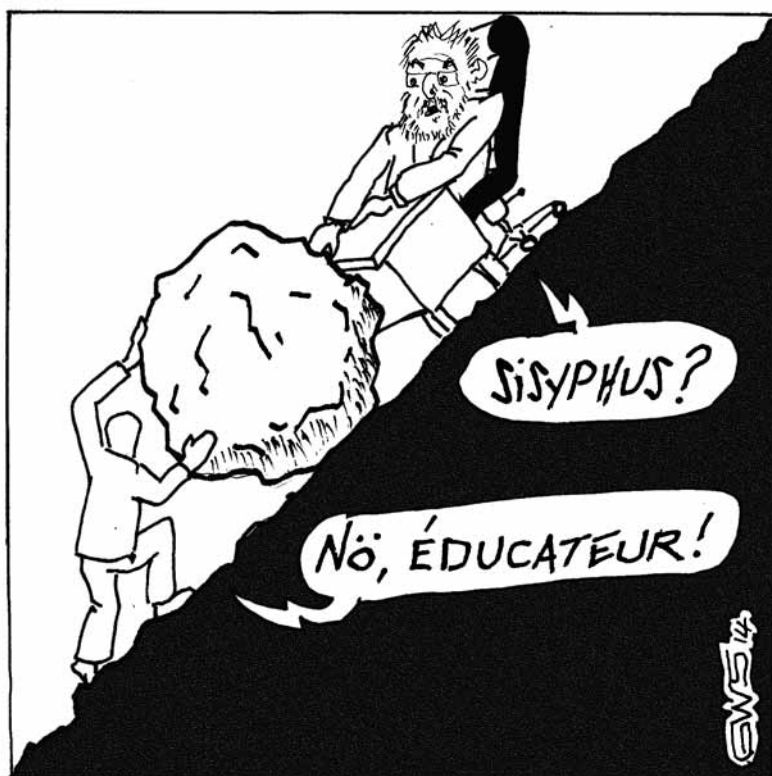
Groß war die Überraschung, als Jean-Claude Juncker im Mai 2011 in seiner Rede zur Lage der Nation ankündigte, die sozialen Probleme in Luxemburg auf die politische Prioritätenliste setzen zu wollen. Von potenziellen Schulabbrechern war die Rede, die es möglichst früh zu erkennen und zu begleiten gelte, und von Kindern mit schweren Verhaltensstörungen, denen nur durch die Schaffung einer „adäquaten Spezialschule“ geholfen werden könne. Von jugendlichen Ausreißern über Langzeit-Obdachlose bis hin zu suizidgefährdeten jungen Menschen sprach Juncker all die Themen an, die uns eigentlich „auf den Nägeln brennen müssten“. Die „Aktioun Erzéiung“, ein Zusammenschluss von Gewerkschaften und Berufsorganisationen aus dem Bildungs- und sozialen Bereich, begrüßte das Versprechen des Premiers und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Ankündigung „keine politische Sonntagsrede war, sondern ein ehrliches Bemühen, an der teilweise kritischen Lage (...) etwas zu ändern“.

Schon ein Jahr später musste die Aktioun Erzéiung jedoch einsehen, dass „trotz angekündigter Offensive

von Aufbruchstimmung keine Rede“ sein konnte. Ernüchtert stellte man fest, dass Themen wie „Armut, soziale Ungerechtigkeit, Bildungsnotstand oder Jugenddelinquenz“, anders als von Juncker großspurig angekündigt, keineswegs im Fokus der Öffentlichkeit standen und dass „eine pädagogisch sinnvolle Erziehungsarbeit“ sich immer noch an fehlenden Strukturen und Personalmangel aufrieb. Auch überfüllte „Jugenderziehungsanstalten“ wie Dreiborn und Schrässig wurden kritisiert und die fehlende „konzeptuelle Kooperation“ zwischen Maison Relais und Grundschule sowie der Mangel an professionellen Anlaufstellen für Eltern angeprangert. Alles in allem wurde ein ziemlich desaströses Bild der Zustände im sozialen Sektor gezeichnet, die Arbeit der Fachkräfte gar als „Sisyphusarbeit in einem pädagogisch unwürdigen Umfeld“ qualifiziert.

Für Aufmerksamkeit sorgen

Vergangene Woche übergab eine Abordnung von Apeg (Association Professionnelle des Educateurs Gradués), Apel (Association Professionnelle des Educateurs Luxembourgeois) und LBSA (Lëtzebuerger Beruffsverband fir sozial Aarbecht) dem Parlamentspräsidenten und „erstem Bürger“ des Landes, Mars di Bartholomeo, der, wie er stets betont, „den Akzent auf ‚Bürger‘ setzt“, eine Unterschriftenliste. Die Sammlung enthielt am Tag der Überreichung über 11.000 Unterschriften. Mit dieser Petition fordern die drei Organisatio-



„Gleich am Anfang der Legislaturperiode für Aufmerksamkeit sorgen“ - Petitionsüberreichung am 31. Januar



nen unter anderem „ein Grundrecht auf eine gute pädagogische Förderung“, „adäquate Arbeitsbedingungen für eine qualitativ hochwertige Erziehungsarbeit“, „ein Gesamtkonzept für Erziehung, Bildung und Betreuung“ und „eine gesellschaftliche, politische sowie auch finanzielle Anerkennung von erzieherischen und sozialen Berufen“. „Wir wollten gleich am Anfang der Legislaturperiode für Aufmerksamkeit sorgen“ erklärt Marc Pletsch, Präsident der Apeg, „die Regierung muss sich ihrer Verantwortung stellen.“

Eine Forderung, die sich wie eine Konstante durch die Geschichte des ErzieherInnenberufs zieht, ist die nach einer angemessenen Anerkennung der sozialen Berufe. Im Gegensatz zu den meisten Berufslaufbahnen, auch denen im Sozialsektor, gibt es für den Beruf des „éducateur“ und des „éducateur gradué“ keine den Studien entsprechende Bezahlung. „Ein ‚éducateur‘ bekommt in aller Regel den gleichen Lohn wie jemand, mit einer 11e, obwohl er eine 14e hat. Ein ‚éducateur gradué‘, der eigentlich einen Bac +3 hat, wird in der Regel so bezahlt wie jemand mit einem einfachen Bac. Das kann nicht sein.“ Der Apeg nach ist die Karriere des „éducateur gradué“ die am schlechtesten bezahlte Berufslaufbahn, die man mit einem Bac +3 einschlagen kann. Die Lohnunterschiede zwischen „éducateurs gradués“ und anderen vergleichbaren Laufbahnen, wie etwa der des „assistant social“ oder des Orthophonisten, lägen bei ungefähr 30 Prozent. Ausgerechnet hat die Apeg schon vor

Jahren, dass ein „éducateur gradué“ während seiner gesamten berufstätigen Zeit einen Rückstand von bis zu 550.000 Euro auf andere Berufstätige mit derselben Studiendauer anhäuft.

Soziale Krise

Im Regierungsabkommen der blau-rot-grünen Koalition unter Xavier Bettel wird versprochen, „bezüglich der Berufsprofile im erzieherischen und sozialen Bereich Klarheit zu schaffen“. Marc Pletsch sagt dazu: „Um für Klarheit zu sorgen, müssen diese Berufe erst einmal mit einem ‚Code de Déontologie‘ reglementiert werden, es müssen die Aufgabenfelder festgelegt und die Studienzeiten anerkannt werden. Das sind Mindestvoraussetzungen.“

Auch andere Passagen im Koalitionspapier werden von den Berufsorganisationen zumindest kritisch betrachtet. So zum Beispiel die Ankündigung, man beabsichtige die „Abkommen zwischen Staat und Organisationen aus dem sozialen, familiären oder therapeutischen Bereich zu überprüfen“. „Wir müssen aufpassen“, mahnt der Präsident der Apeg, „es darf nicht nur um Einsparungen gehen“.

Ohnehin seien gerade die Beschäftigten im sozialen Sektor tagtäglich mit „den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise“ konfrontiert. „Man spürt es fast überall. Nicht nur die Erzieher, die mit Arbeitslosen arbeiten, müssen sich damit auseinandersetzen. Es betrifft auch diejenigen, die mit Jugendlichen arbeiten oder

mit Kindern.“ Wenn die Situation zuhause immer schwieriger wird, ein Elternteil in die Arbeitslosigkeit abrutscht, es Zukunftsängste und Perspektivlosigkeit gibt, dann mache sich das „vor allem im sozialen Bereich“ bemerkbar. „Die Menschen sind desorientiert, fünf Jahre nach der großen Finanzkrise haben wir es mit einer sozialen Krise zu tun. Unsere Arbeit besteht darin, die Konsequenzen so weit wie möglich abzufedern.“

Bessere Vernetzung

Doch scheint es auch Grund zur Hoffnung zu geben. Die (nicht mehr ganz) neue Regierung verspricht in ihrer Koalitionserklärung, für eine bessere Vernetzung des schulischen und des außerschulischen Bereichs sorgen zu wollen. Beabsichtigt ist, die beiden Bereiche in einem Ministerium zusammenzulegen. Damit wäre zumindest dem gegenwärtigen Chaos zwischen Bildungs- und Familienministerium beizukommen. „Diese Forderung haben wir schon vor zwei Jahren gestellt“, sagt Marc Pletsch, „es würde vieles vereinfachen und uns das Leben um einiges leichter machen.“ Auch die Förderung des sogenannten „lifelong learning“ im sozialen Sektor, die im Koalitionsabkommen angekündigt wird, betrachten Apeg, Apel und LBSA mit Wohlwollen.

Dass im Forderungskatalog der drei Berufsorganisationen die Arbeitskräfte mit niedriger oder nicht vorhandener Ausbildung nicht mit einem Wort erwähnt werden, liegt laut Pletsch nicht daran, „dass hier eine

Hierarchisierung unsererseits stattfindet“. Im Gegenteil, für ihn liegt der Schlüssel zu einer Anerkennung dieser Arbeitskräfte im Ausarbeiten von „Berufsprofilen mit festgelegten Aufgabenfeldern“. Innerhalb dieser Aufgabenfelder könnten „éducateurs“, „éducateurs gradués“ und Menschen ohne Berufsausbildung einander „sinnvoll ergänzen“.

Der Präsident der Abgeordnetenkammer, Mars di Bartholomeo, bekundete gegenüber den VertreterInnen der Berufsorganisationen, die ihm die Petition überreichten, vollstes Verständnis. Die Arbeit der Menschen im sozialen Bereich sei „unabdingbar für unsere Gesellschaft“, und er habe einen „Heidenrespekt“ vor ihr. Wie weit die Forderungen der Unterscheidenden sich konkret in der Regierungspolitik widerspiegeln werden, muss sich erst noch zeigen. Klar ist aber, dass zumindest die Versprechungen im Koalitionspapier der Regierung sich größtenteils mit diesen Forderungen decken. „Veränderungen können nur gemeinsam mit den Akteuren im Sozialen entschieden werden“ sagt Marc Pletsch, „von oben herab das ganze System zu reorganisieren, wäre falsch. Aber darüber, dass es dringend Veränderungen braucht, sind wir uns mit der Regierung einig.“